

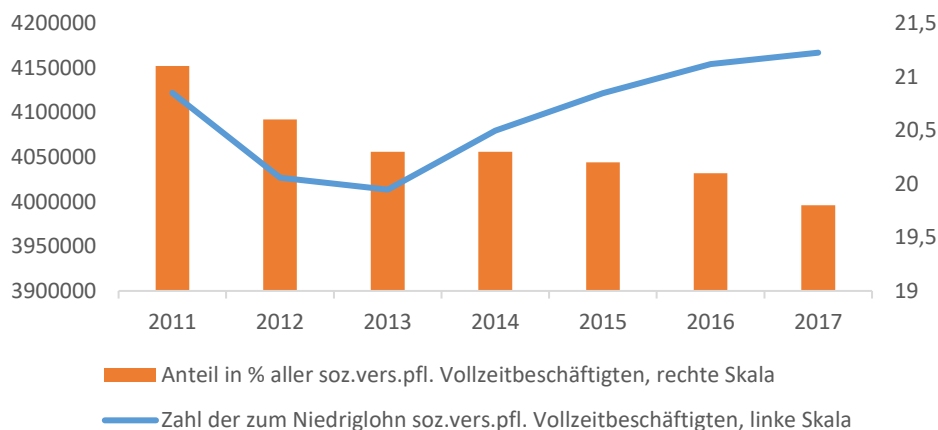
Niedriglohn: Jede/r Fünfte in Vollzeit betroffen

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage »Niedriglöhne in Deutschland« (BT-Drs. 19/05340) von Susanne Ferschl u.a. und der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Zusammenfassung:

Bei jedem fünften Vollzeitbeschäftigten liegt der Lohn unter der Niedriglohnschwelle: 2017 verdienten 4,17 Millionen Beschäftigte weniger als zwei Drittel des mittleren Stundenlohns. Hauptbetroffene sind Frauen, von denen 27,1 Prozent nur einen Niedriglohn bekommen, während es bei den Männern 16,2 Prozent sind. In Ostdeutschland lag der Anteil der zum Niedriglohn Arbeitenden mit 33,6 Prozent im Jahr 2017 doppelt so hoch wie in Westdeutschland (16,7 Prozent).

Zahl der zum Niedriglohn Vollzeitbeschäftigten steigt weiter - Anteil sinkt nur leicht, 2011-2017



Ungeachtet aller Erfolgsmeldungen zum deutschen Arbeitsmarkt zeigen die neuesten Angaben der Bundesregierung, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) in den vergangenen 18 Jahren nicht nennenswert gestiegen ist. Ihre Zahl legte von 21,61 Millionen im Jahr 1999 um 340.000 auf 21,95 Millionen im Jahr 2017 zu (+ 1,6 Prozent). Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten im Niedriglohn erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 325.000 (+ 8 Prozent).

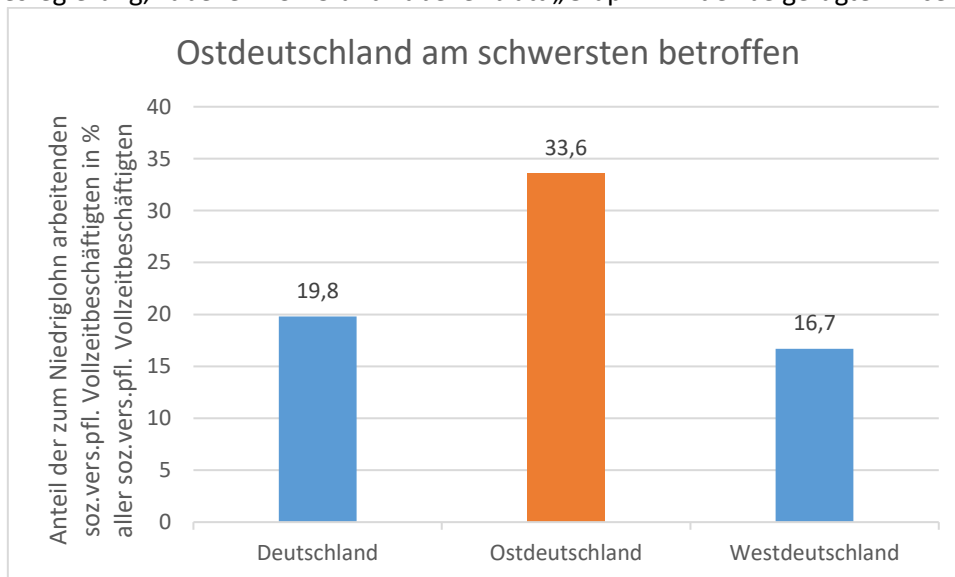
Die Angaben der Bundesregierung zur Preisentwicklung zeigen darüber hinaus, dass die Preise für Nahrungsmittel, für die Menschen mit Niedriglöhnen in der Regel einen höheren Anteil ihres Einkommens aufwenden müssen, wesentlich stärker gestiegen sind, als die Preise insgesamt. So ist der Verbraucherpreisindex zwischen 2005 und 2017 insgesamt um 18,2 Prozent gestiegen, der Verbraucherpreisindex „Nahrungsmittel“ aber um 31,6 Prozent.

O-Ton Susanne Ferschl, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE:

„Die Erfolgsmeldungen am Arbeitsmarkt verkehren sich bei genauerer Betrachtung in ihr Gegenteil. Wenn jeder fünfte Vollzeitbeschäftigte zum Niedriglohn schuftet, dann muss Politik handeln. Dieser Befund ist nicht nur für alle betroffenen Beschäftigten eine individuelle Katastrophe, sie birgt auch gesellschaftlich gewaltigen sozialen und politischen Sprengstoff. Wir müssen Hartz IV abschaffen, weil die Hartz-Gesetzgebung den Druck auf die Löhne wesentlich verschärft hat. Im Interesse der Menschen, des sozialen Zusammenhalts und der politischen Stabilität brauchen wir einen Mindestlohn von mindestens 12 Euro. So bekämpfen wir Armutslöhne, sichern soziale Teilhabe und geben den Menschen wieder eine Perspektive.“

Ergebnisse im Einzelnen:

- Die **Zahl der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten** (ohne Auszubildende) ist zwar im Jahr 2017 um 1,8 Prozent gegenüber Vorjahr gestiegen; die Zahl im Jahr 2017 lag jedoch mit 21,95 Millionen nur 1,6 Prozent bzw. 340.000 über der Zahl im Jahr 1999, in dem die Zahl sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigter bei 21,61 Millionen lag (s. Antwort der Bundesregierung zur Frage 1.).
- **Rund jeder Fünfte dieser Beschäftigtengruppe arbeitete für einen Lohn unter der so genannten Niedriglohnschwelle**, verdiente also weniger als zwei Drittel des mittleren Stundenlohns. Die Zahl der hiervon Betroffenen stieg in Deutschland von 3,84 Millionen im Jahr 1999 um rund 325.000 auf 4,17 Mio. im Jahr 2017 (s. Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 10. und 11.). Ein Plus von über acht Prozent.
- Der **Anteil der vom Niedriglohn Betroffenen** an den insgesamt sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten ist in den vergangenen sieben Jahren zwar leicht von 21,1 Prozent auf 19,8 Prozent gesunken. **Ihre absolute Zahl** ist jedoch auch in diesem Zeitraum weiter gestiegen: von 4,12 Millionen auf 4,17 Millionen. Während die Zahl in den Jahren 2012 und 2013 schon einmal um 108.273 gesunken war, ist sie in den Folgejahren ohne Unterbrechung um insgesamt 153.425 gestiegen. **Der Zuwachs an sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten ist also weiterhin von einem Zuwachs derjenigen begleitet, die zu einem Niedriglohn arbeiten müssen** (s. Antwort der Bundesregierung zur Frage 11 und Tabelle 13 sowie Tabellenblatt „Graphik 1“ in der beigefügten Excel-Datei).
- **Ostdeutschland ist besonders betroffen:** In Ostdeutschland lag der Anteil der zum Niedriglohn arbeitenden mit 33,6 Prozent im Jahr 2017 doppelt so hoch wie in Westdeutschland, wo 16,7 Prozent der Vollzeitbeschäftigten zum Niedriglohn arbeiten mussten (s. Antwort der Bundesregierung, Tabellen 13-15 und Tabellenblatt „Graphik 2“ der beigefügten Excel-Tabelle).



Graphik 2: Anteil der zum Niedriglohn arbeitenden sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten in % aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten, Deutschland, Ostdeutschland, Westdeutschland, 2017

- Unter allen **Bundesländern** hat Mecklenburg-Vorpommern den höchsten Anteil an Beschäftigten, die zum Niedriglohn arbeiten (39,5%), gefolgt von Sachsen (37%). Alle ostdeutschen Bundesländer haben einen Anteil von über 35 Prozent sozialversicherter Vollzeitbeschäftigter, die zum Niedriglohn arbeiten. Unter den westdeutschen Bundesländern schneiden Schleswig-Holstein (21,7%) und Niedersachsen (20,5%) am schlechtesten ab. Berlin hat unter den Stadtstaaten den höchsten Anteil (22,3%) (Bremen: 17,5%; Hamburg: 14,2%) (s. Antwort der Bundesregierung, Tabelle 16).

- **Frauen** sind noch **wesentlich stärker betroffen als Männer** (Insgesamt: 19,8%; Frauen: 27,1%; Männer: 16,2%) (s. Antwort der Bundesregierung, Tabelle 17).
- **Jüngere** (unter 25 Jahre) sind **am stärksten betroffen** (Insgesamt: 19,8%; unter 25 Jahren: 41,1%; 25 bis 50 Jahre: 19,4%; 50 Jahre und älter: 16,6%) (s. Antwort der Bundesregierung, Tabelle 17).
- **Menschen ohne Berufsabschluss** sind **am stärksten betroffen** (Insgesamt: 19,8%; ohne Berufsabschluss: 39,6%; Anerkannter Berufsabschluss: 19,1%; Akademischer Berufsabschluss: 5%) (s. Antwort der Bundesregierung, Tabelle 18).
- **Nach Berufssegmenten:** Besonders schlecht stehen **Reinigungsberufe** dar (66,3%), gefolgt von **Lebensmittel- und Gastgewerbeberufen** (53,4%) und Land-, Forst- und Gartenbauberufe (43,5%). **Verkehrs- und Logistikberufe** (33,4%), **Sicherheitsberufe** (32,2%) und **Medizinische und nicht-medizinische Gesundheitsberufe** (26%) schneiden ebenfalls sehr schlecht ab (s. Antwort der Bundesregierung, Tabelle 19)
- **Nach Wirtschaftsabteilungen:** Hier schneidet trotz des Mindestlohns das **Gastgewerbe** auch weiterhin am schlechtesten ab (64,6%), gefolgt von Private Haushalte (60,3%), Bergbau und Gewinnung von Stein und Eisen (56,8%), Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (52,6%) (s. Antwort der Bundesregierung, Tabelle 20)
- **Die zum Niedriglohn Beschäftigten sind darüber hinaus besonders betroffen** davon, dass die **Preise für Nahrungsmittel wesentlich stärker gestiegen sind, als die Verbraucherpreise insgesamt**, da sie in der Regel einen größeren Teil ihres Einkommens für diese Ausgaben aufwenden müssen. So ist der Verbraucherpreisindex insgesamt zwischen 2005 und 2017 um 18,2 Prozent gestiegen, der Verbraucherpreisindex „Nahrungsmittel“ aber um 31,6 Prozent. Hiervon waren Ost- und Westdeutschland gleichermaßen betroffen (s. Antwort der Bundesregierung, Antwort zur Frage nur 12. und Tabellen 21-25 sowie Tabellenblatt „Inflation“ in der beigefügten Excel-Datei).
- Möglicherweise ist die große Betroffenheit durch Niedriglöhne ein wesentlicher Grund dafür, dass sich **die Zahl der im Nebenjob geringfügig Beschäftigten** im Jahr 2017 gegenüber dem Jahr 2003 (vorher liegen keine Daten vor) von 1,23 Millionen auf 2,8 Millionen mehr als verdoppelt hat. Allein gegenüber Vorjahr ist diese Zahl im Jahr 2017 um 4,6 Prozent gestiegen (s. Antwort der Bundesregierung zur Frage Nr. 14).

Medianentgelt und Niedriglohnschwellen

Die Niedriglohnschwelle für sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigte nach Definition der OECD liegt bei zwei Drittel des Medianentgelts aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten.

- **In Deutschland** lag das Medianentgelt der Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe mit Angaben zum Entgelt zum Stichtag 31. Dezember 2017 bei 3.209 Euro (Antwort Frage 7)
- In Deutschland lag die Niedriglohnschwelle 2017 bei 2.139 Euro (Antwort Frage 10)
- **In Westdeutschland** lag das Medianentgelt der Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe mit Angaben zum Entgelt zum 31. Dezember 2017 in Westdeutschland bei 3.339 Euro (Antwort Frage 3)
- In Westdeutschland lag die Niedriglohnschwelle bei 2017 bei 2.226 Euro (Antwort Frage 10)
- **In Ostdeutschland** lag das Medianentgelt der Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe mit Angaben zum Entgelt zum Stichtag 31. Dezember 2017 bei 2.600 Euro. (Antwort Frage 4)
- Für Ostdeutschland lag die Niedriglohnschwelle 2017 bei 1.733 Euro (Antwort Frage 10)
- **Für Frauen** lag das Medianentgelt der Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe mit Angaben zum Entgelt lag zum Stichtag 31. Dezember 2017 bei 2.920 Euro. (Antwort Frage 11)
- **Für Männer** lag das Medianentgelt der Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe mit Angaben zum Entgelt zum Stichtag 31. Dezember 2017 bei 3.372 Euro.
- **Für unter 25 Jährige** lag das Medianentgelt der Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe mit Angaben zum Entgelt zum Stichtag 31. Dezember 2017 bei 2.325 Euro.
- Für Beschäftigte **zwischen 25 bis unter 50** Jahren lag das Medianentgelt der Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe mit Angaben zum Entgelt zum Stichtag 31. Dezember bei 3.191 Euro
- **Für Beschäftigte ab 50 Jahren** lag das Medianentgelt der Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe mit Angaben zum Entgelt lag zum Stichtag 31. Dezember 2017 bei 3.476 Euro.